

Mitteilungsvorlage

Drucksachen-Nr. 0299/2012
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann	25.09.2012	Beratung

Tagesordnungspunkt

Jahresbericht zur Unterbringungssituation von Asylbewerbern, jüdischen Migranten, Spätaussiedlern und Menschen in Wohnungsnot in städtischen Unterkünften im Jahr 2011

Inhalt der Mitteilung

Allgemeines

Im Jahr 2011 war im Arbeitsfeld eine gewisse Stagnation der Belegungszahlen in den städtischen Unterkünften zu verzeichnen, da sich die Zu- und Abgänge etwa die Waage hielten. Allerdings gibt es nach wie vor Probleme bei der Unterbringung wohnungsloser Einzelpersonen, speziell solcher mit psychischen oder/und Suchtproblemen. Durch die Zwischennutzung der Gierather Str. 42 sowie der Häuser Hecken 3A bis 3C konnte diese Klientel versorgt werden.

Anfang 2011 waren in 9 Unterkünften an 4 Standorten 128 ausländische Flüchtlinge untergebracht, darüber hinaus in 2 Unterkünften an einem Standort 11 Spätaussiedler und jüdische Migranten sowie in 9 Notunterkünften an 5 Standorten 85 Personen mit Wohnungsproblemen, insgesamt also 224 Personen in städtischen Unterkünften.

Auch im Jahr 2011 konnte vermieden werden, dass Personen untergebracht werden mussten, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind. Durch Gewährung finanzieller Hilfen konnte erreicht werden, dass der Verbleib in privatem Wohnraum ermöglicht wurde.

Zwischenzeitlich wurde eine barrierefreie Wohneinheit für 2 Personen hergestellt. Die Nutzung der Erdgeschosswohnung in der Gartenstraße 26 ist seit dem Frühjahr 2012 möglich.

Asylbewerber

Im Lauf des Jahres wurden 54 neue Asylbewerber, dazu 4 Rückkehrer, die schon einmal gemeldet waren, in den städtischen Unterkünften untergebracht – demgegenüber sind 50 Personen ausgezogen, davon 15 in Wohnungen, 22 kehrten in die Heimat zurück, 7 verschwanden mit unbekanntem Ziel, und 6 sind im Rahmen eines Umverteilungsverfahrens in ein anderes Land bzw. Bundesland verzogen.

Zum Jahresende waren 136 Asylbewerber und Flüchtlinge in städtischen Unterkünften untergebracht. Die Zahl der Zugänge durch Asylanträge ist gegenüber dem Jahr 2010 um ca. 40 % zurück gegangen, wobei unter den 12 Herkunftsnationen Roma aus Serbien sowie Flüchtlinge aus Pakistan den größten Anteil ausmachten.

Spätaussiedler und jüdische Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion

Bei den Spätaussiedlern und jüdischen Migranten lag die Zahl zum Anfang 2011 bei 11 untergebrachten Personen (davon 3 jüdische Migranten).

(Erklärung: Spätaussiedler nach dem Bundesvertriebenengesetz sind Angehörige deutscher Minderheiten, die als Einwanderer in die Bundesrepublik gelangten – seit 1950 aus Polen, Rumänien und der Sowjetunion, später aus der Russischen Föderation und Kasachstan –, jüdische Migranten, die im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen auf Grundlage des Zuwanderungsgesetzes in Deutschland aufgenommen werden.)

Im Laufe des Jahres wurden 10 Spätaussiedler /jüdische Migranten nach Bergisch Gladbach zugewiesen. Dem gegenüber konnten 8 Personen in private Wohnungen vermittelt werden, eine verstarb, so dass zum Jahresende noch 12 Personen in städtischen Unterkünften untergebracht waren, davon 2 jüdische Migranten.

Menschen in Wohnungsnot

Die Anzahl der Personen, die in Notunterkünften untergebracht wurden, ist im vergangenen Jahr um 22 % zurückgegangen: von 85 Personen Anfang Januar auf 66 Personen Ende Dezember. Allerdings beinhaltet diese Entwicklung über das Jahr verteilt 82 Zugänge (davon 22 in die Notschlafstelle, aus der sie dann in eine Notunterkunft oder mit unbekanntem Ziel verzogen) und 101 Auszüge. Von diesen verzogen 58 Personen in privaten Wohnraum, 1 Person verstarb, und 42 verzogen mit unbekanntem Ziel.

Im Jahr 2011 waren 63 Zwangsräumungstermine durch den Gerichtsvollzieher angesetzt worden, in deren Folge 15 Personen, darunter eine Familie, untergebracht werden mussten.

Wie bereits in 2010 wird weiterhin verstärkt der Soziale Dienst zur Vermeidung von Obdachlosigkeit in die Obdachlosenarbeit eingebunden, was möglicherweise zum Teil den Belegungsrückgang erklärt. Die Bearbeitung von Räumungsklagen ermöglicht hierbei die Chance, noch zeitnaher an die Problemfälle heranzukommen und so eine drohende Zwangsräumung zu vermeiden.

In 2011 wurden diesbezüglich 92 Räumungsklagen hier anhängig. Darüber hinaus wurden insgesamt 260 Anfragen (teilweise allerdings auch von außerhalb Bergisch Gladbachs) bzgl. einer Notunterkunft bearbeitet, in denen Menschen nach einer Unterkunft suchten, weil ihre derzeitigen Wohnverhältnisse unsicher, sozial belastet oder gar nicht mehr vorhanden waren. Die neben den Notunterkünften eingerichtete Notschlafstelle beherbergte in 2011 insgesamt 22 Personen. Dabei ging es um die Unterbringung von Personen, die nach dem Gewaltschutzgesetz ein befristetes Hausverbot durch die Polizei erhielten (in der Regel 10 Tage) aber auch Menschen, die von der Polizei nachts oder am Wochenende aufgegriffen wurden. Nicht alle Personen mussten im Anschluss in einer Notunterkunft untergebracht werden, sondern es

konnte - in Zusammenarbeit mit dem Sozialen Dienst - eine anderweitige Lösung gefunden werden.

Auch in 2011 sprachen wieder verstärkt Personen unter 25 Jahren wegen eines Wohnungsproblems hier vor. Bei dieser Personengruppe werden die Bemühungen verstärkt, eine Unterbringung in eine Notunterkunft zu verhindern oder die Dauer der Unterbringung möglichst kurz zu halten. Nicht selten handelt es sich hierbei um arbeitsfähige Personen, die sich über das Jobcenter oder die GL Service gGmbH vor Ort in Maßnahmen befinden. Im Gegensatz zu den Maßnahmeträgern, die kreisweit ihr Klientel rekrutieren, ist bei akuter Obdachlosigkeit eine Unterbringung in einer städtischen Notunterkunft nur bei den Personen möglich, deren fester Wohnsitz vorher auch in Bergisch Gladbach war. Für die Unterbringung der anderen Personen ist die jeweilige Heimatgemeinde zuständig.

Darüber hinaus ist das Umfeld einer Notunterkunft die denkbar schlechteste Voraussetzung für eine erfolgreiche schulische, berufliche oder soziale Qualifikation und sollte deshalb unter allen Umständen vermieden werden.

Weiterhin müssen auch Personen aus der ortsansässigen Psychiatrie, den Suchtkliniken und Hilfseinrichtungen für betreutes Wohnen in den Notunterkünften untergebracht werden. Dieser Personenkreis ist besonders schwer zu betreuen und noch schwerer in regulären Wohnraum zu vermitteln, da krankheitsbedingt die Vermittlungshemmnisse eine Wohnungssuche auf dem Wohnungsmarkt erheblich erschweren. Gleichzeitig verschlimmert sich die psychische Erkrankung durch die Dauer der Unterbringung in einer Notunterkunft oft noch, da das Umfeld für diese Personen völlig ungeeignet ist.

Es ist anzunehmen, dass die Zahl zukünftig weiter steigen wird, weil die Zahl der Plätze solcher Einrichtungen in Bergisch Gladbach zunimmt. Die städtischen Notunterkünfte können diesen Personen höchstens ein Obdach gewähren, nicht aber die Facheinrichtungen ersetzen, von denen sie gekommen sind. Vorrangig wird in diesen Fällen die Einrichtung einer Betreuung angeregt.

Dies stellt hohe Anforderungen an die notwendige Betreuungsarbeit der Mitarbeiter und die Belegungssituation innerhalb der Unterkünfte. Die krankheitsbedingte Unberechenbarkeit einzelner Bewohner führt immer wieder zu Gefahrensituationen für Sozialarbeiter und Hausmeister. Trotz eines zwischenzeitlich durchgeführten Deeskalationskurses werden Besuche in den Unterkünften daher i. d. R. aus Sicherheitsgründen nur noch zu zweit durchgeführt. Dies gilt jedoch nicht für die nächtlichen Einsätze im Rahmen der Rufbereitschaft.

Zusammenfassung

Ende 2011 waren in 9 Unterkünften an 4 Standorten noch 136 ausländische Flüchtlinge untergebracht, darüber hinaus in 2 Unterkünften 12 Spätaussiedler und jüdische Migranten sowie in 9 Notunterkünften an 5 Standorten 66 Personen mit Wohnungsproblemen, insgesamt also 214 Personen in städtischen Unterkünften.

Die aktuelle Konzeption sieht mittelfristig die Bereitstellung von ca. 250 - 300 geeigneten Plätzen, die sofort belegbar sind, für die Unterbringung von Asylbewerbern und Migranten, Obdachlosen und Spätaussiedlern vor.

Renovierungsarbeiten und Instandhaltungsmaßnahmen werden im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten durchgeführt. Notwendiger Abriss und Ersatzbeschaffung von Gebäuden war angesichts der Haushaltslage nicht möglich. Es ist jedoch für 2012 vorgesehen, das marode Gebäude in der Gierather Straße 42 abzureißen, um anschließend einen Ersatz zu erstellen.

Ein besonderer Bedarf besteht nach wie vor für die Unterbringung von Einzelpersonen sowie an barrierefreien Räumlichkeiten. Dies soll bei der Konzipierung berücksichtigt werden.

Im Gegenzug ist beabsichtigt, dafür andere, unrentable Gebäude zur Vermarktung abzugeben.

Bei den genannten Einzelpersonen handelt es sich häufig um männliche Bewohner im Alter von 18 bis 30 Jahren. Bei diesem Personenkreis bestehen erhebliche Vermittlungshemmnisse auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, die hierzu notwendigen Grundvoraussetzungen sind oft nicht vorhanden.

Die negative Schufa-Auskunft stellt dabei oft das größte Hemmnis bei der Wohnungssuche dar. Hier hilft nicht einmal ein Wohnberechtigungsschein, da das örtliche Wohnungsamt nicht über ein Belegungsrecht für Wohnungen mit WBS verfügt. Das bedeutet, dass die Verweildauer in den Notunterkünften für diese Menschen erheblich länger ist, als es eine vorübergehende Unterbringung eigentlich vorsieht. Die Gesamtsituation dieser Menschen verschlechtert sich zunehmend, und eine Reintegration wird immer schwieriger oder sogar unmöglich.

Speziell für diesen Personenkreis werden verstärkt vernetzte Hilfsangebote geschaffen, um die teilweise vorhandene Hilflosigkeit und Lethargie zu durchbrechen. Hierzu gehören auch disziplinarische Maßnahmen, da die Betroffenen, bedingt durch ihre Sozialisation, oft nur durch eine herbeigeführte Drucksituation handlungsfähig werden. Darüber hinaus wird so die vorgeschriebene Mitwirkungspflicht eingefordert und trainiert.